



26/SVV/0464

Antrag
öffentlich

Hausbesetzungen sind kein Mittel der Wohnungspolitik

<i>Einreicher:</i>	<i>Datum</i>
Fraktion der Freien Demokraten	19.05.2026

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
03.06.2026	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, Hausbesetzungen von Immobilien im städtischen Eigentum zu unterbinden, die vorher bestehende Rechtslage wiederherzustellen und ggf. strafrechtliche Maßnahmen einzuleiten.

Begründung:

Ausweislich mehrerer Presseartikel in den örtlichen Medien kam es zur Besetzung eines leer stehenden Gebäudes auf der Insel Hermannswerder.

Dies ist nicht nur ein tiefgreifender Missbrauch städtischen Eigentums, sondern auch ein schwerwiegender Eingriff in die Verfügungsgewalt der LHP Potsdam über die ihr gehörenden Grundstücke und der mit ihr verbundenen Stadtgesellschaft.

Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil durch diese Aktion eine Entlastung des äußerst angespannten Wohnungsmarktes in Potsdam nicht stattfindet. Soweit erkennbar, handelt es sich bei den Besetzern weder um wohnungslose noch um wohnungssuchende Mitbürger.

Da weder hierdurch noch durch weitere Bestzungen eine Entlastung des Wohnungsmarktes Potsdam sichtbar ist, kann ein solcher Rechtsbruch nicht hingenommen werden, zumal er die LHP in ihrem Bemühen, Abhilfe auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen, behindert.

Anlagen:

Keine